

Unterbringung von Asylbewerbern in Owingen - Sachstandsbericht

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Owingen, Billafingen, Hohenbodman und Taisersdorf,

das Jahr 2015 neigt sich langsam dem Ende zu. Neben der Fertigstellung einiger kommunaler Großprojekte, wie z. B. dem neuen Bürgerhaus kultur|o, dem Betriebsgebäude des kommunalen Bauhofs und der Sanierung des Kindergartens in Billafingen, hat uns im Jahr 2015 insbesondere die Unterbringung von Asylbewerbern bzw. die Bereitstellung von Unterkünften in hohem Maße beschäftigt. Auch im kommenden Jahr wird diese Aufgabe unsere volle Konzentration einfordern.

Im Hinblick auf die Entwicklungen des Asylbewerberzustroms in die Bundesrepublik Deutschland ergeben sich natürlich auch Auswirkungen auf unsere Gemeinde. Deshalb möchte ich Ihnen hiermit einen Sachstandsbericht geben, obgleich die Zahlen und Fakten sich fast täglich verändern und wir seitens der Gemeindeverwaltung lediglich mit vagen Prognosen versorgt werden. Insofern möchte ich schon jetzt Ihrer möglichen Verwunderung vorgreifen, falls die nachfolgend genannten Zahlen so nicht eintreffen.

Erlauben Sie mir zunächst eine Darstellung des gesamten, zugegebenermaßen recht umfangreichen Sachverhalts.

Wie Sie täglich der Presse und den Medien entnehmen können, ebbt der Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik Deutschland nicht ab. Ein Ende ist derzeit nicht absehbar. Für das Jahr 2015 wird von Experten mittlerweile bundesweit von bis zu 1,5 Mio. Flüchtlingen ausgegangen, was für Baden-Württemberg einen Anteil von annähernd 200.000 Personen bedeutet. Allein im Oktober dieses Jahres sind 36.600 Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen. In den Landeserstaufnahmestellen des Landes Baden-Württemberg befinden sich derzeit rund 50.000 Personen. Die aktuelle Prognose der EU-Kommission für das Jahr 2016 beläuft sich für die Bundesrepublik Deutschland auf weitere 1,6 Mio. Flüchtlinge.

Von der Gesamtzahl der in Baden-Württemberg befindlichen Asylbewerber muss der Bodenseekreis für das Jahr 2015 etwa 2.200 Personen aufnehmen. Für das Jahr 2016 werden 5.700 Personen prognostiziert. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, teilt der Landkreis diese Personen, welche aus den Landeserstaufnahmestellen an ihn verteilt wurden, den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet wiederum gemäß ihrer Einwohnerzahl zu. Wie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland findet hier der „Königsteiner Schlüssel“ Anwendung.

Dabei werden die Flüchtlinge zunächst vorübergehend in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Diese liegen in der Verantwortung des Landkreises. Nachdem die Städte und Gemeinden den Landkreis bilden, werden demzufolge diese Gemeinschaftsunterkünfte dort auch errichtet.

Unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. der Anerkennung als Asylberechtigter) wechseln die Flüchtlinge dann in die sogenannte Anschlussunterbringung. Die Bereitstellung von Unterkünften der Anschlussunterbringung fällt in die Zuständigkeit der Gemeinde Owingen. Diese Unterbringungsform sollte mehr oder weniger dem hier üblichen Wohnstandard entsprechen, bestenfalls dezentral ausgewählt werden. Die Anschlussunterbringung verfolgt nämlich das Ziel, die auf Dauer in Owingen verbleibenden Asylberechtigten in das Gemeindeleben zu integrieren.

In der Phase der Anschlussunterbringung leben bereits 32 Menschen in verschiedensten Wohnungen im gesamten Gemeindegebiet. Dankenswerterweise haben hierfür auch private

Wohnungseigentümer ihren Wohnraum zur Verfügung gestellt, allein mit gemeindeeigenen Wohnungen war dies nicht zu bewerkstelligen. Für das Jahr 2016 erwarten wir im Rahmen der Anschlussunterbringung weitere Personen, deren Bezifferung derzeit kaum möglich ist. Der Landkreis geht davon aus, dass monatlich rund 50 Personen die Gemeinschaftsunterkünfte in Richtung Anschlussunterbringung verlassen – bezogen auf unser gesamtes Kreisgebiet.

Die drastischen Flüchtlingszahlen führen nunmehr dazu, dass der Bodenseekreis die Gemeinden zur Bereitstellung von Gemeinschaftsunterkünften immer mehr in die Pflicht nimmt. Sollte also eine Kommune ihr Soll nicht erfüllen, muss damit gerechnet werden, dass Sporthallen, Dorfgemeinschaftshäuser oder ähnliches als Notunterkünfte belegt werden. Dies soll, und das ist ausdrücklicher Wunsch des Gemeinderats, unter allen Umständen vermieden werden.

Was erwartet uns?

Einer vorsichtigen Prognose zufolge muss die Gemeinde Owingen bis einschließlich 2016 bis zu 170 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung stellen, davon rein rechnerisch noch 45 bis zum Jahresende. Wir stehen also längst nicht mehr vor der Fragestellung, ob wir das wollen, sondern wie wir diese Aufgabe bewältigen.

Wie Sie gewiss schon aus der Tageszeitung erfahren haben, entsteht derzeit in Billafingen eine direkt vom Bodenseekreis angemietete Gemeinschaftsunterkunft im alten Bräuhaus. Dort sollen mindestens 46 Personen untergebracht werden. Der dieser Zahl zugrunde liegende Raumbedarf von 7,0 m² Wohnfläche pro Asylbewerber wurde allerdings bis zum 31. Dezember 2017 ausgesetzt. Insofern gilt bis dahin die durchschnittliche Wohn- und Schlaflfläche je vorgehaltenem Unterbringungsplatz von mindestens 4,5 m². Diese Unterkunft kann jedoch auf Grund von anstehenden und derzeit in Ausführung befindlichen Baumaßnahmen frühestens Anfang nächsten Jahres bezogen werden. Zur Erfüllung unseres prognostizierten Solls fehlen uns folglich noch über 100 Plätze.

Die mehrfachen Aufrufe in den Owinger Ortsnachrichten nach geeignetem Wohnraum hatten zwar Erfolg, jedoch nur im Bereich der Anschlussunterbringung. Für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften haben wir deshalb das Anwesen *Schulstraße 8* in Owingen angemietet. Dieses Gebäude wird gerade im Hinblick auf den Brandschutz und der Elektroinstallationen ertüchtigt, weshalb mit einer Belegung vermutlich noch in diesem Jahr gerechnet werden kann.

Darüber hinaus wurde mittlerweile das Anwesen *Alpenstraße 5* in Owingen käuflich erworben. Ziel ist auch hier die Unterbringung von Asylbewerbern. Eine Belegung kann vermutlich frühestens im Frühjahr 2016 erfolgen. Die Tatsache, dass diese zwei Objekte räumlich sehr nah beieinander liegen ist uns durchaus bewusst, jedoch können wir mangels weiterer Alternativen schlichtweg nicht darauf verzichten.

Ich kann selbstverständlich durchaus nachvollziehen, dass der dortigen Nachbarschaft die verdichtete Unterbringung zunächst problematisch vorkommen mag. Es liegt dem Gemeinderat und mir fern, die Owinger Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich über Gebühr belasten zu wollen. Jedoch wurden uns im übrigen Gemeindegebiet bislang keine derartigen Wohngebäude angeboten. Außerdem zwingt uns die Gesetzeslage (Flüchtlingsaufnahmegesetz) zum Handeln.

Leider reicht die Belegung dieser beiden Objekte mit rund 40 Personen noch immer nicht aus, unser gesamtes Aufnahmesoll zu erfüllen. Deshalb appelliere ich hiermit wiederholt an

Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, uns etwaigen freien Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Bei der Auswahl der unterzubringenden Flüchtlinge legen wir Wert darauf, dass es sich um asylsuchende Familien mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit handelt. So ist teilweise vorgesehen, die Menschen vom Status der Gemeinschaftsunterkunft in den Status der Anschlussunterbringung, in der bestehenden Wohnung, zu überführen. Ein weiterer Umzug würde sich dadurch erübrigen. So wird von Beginn an der Anreiz zur Integration gefördert und es entstehen keine Unterkünfte mit ständig wechselnden Personen. Mit diesem Modell erwarten wir uns eine, gerade in ein Wohngebiet passende, verträgliche Nutzung. Hierbei sind wir jedoch maßgeblich auf die Zuweisungen des Landkreises angewiesen.

Für die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften im westlichen Bodenseekreis hat der Landkreis das Diakonische Werk Überlingen-Stockach beauftragt. Somit ist auch eine regelmäßige Begleitung der hier ankommenden Flüchtlinge gewährleistet. Bei einem ersten von der Diakonie organisierten Treffen, haben sich mittlerweile über 80 Personen bereit erklärt, sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge zu engagieren. Dafür wurden unterschiedliche Arbeitsbereiche wie z. B. Sprachkurse, Kulturbotschafter und Fahrdienste, etc. gebildet. Die ersten Fortbildungen zu diesen Arbeitsbereichen haben bereits begonnen. Mein besonderer Dank gilt schon jetzt allen ehrenamtlich Tätigen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

letztendlich müssen wir zu unserer humanitären Verantwortung stehen. Wir wollen Menschen helfen, die vor unerträglichen Zuständen in ihren Heimatländern flohen, vor Krieg und Verfolgung, vor Willkür und Terror, und die sich auf einen weiten und oft gefährlichen Weg wagten, um endlich Schutz und Sicherheit zu finden.

Insofern bitte ich Sie in diesen sehr bewegten Zeiten um Verständnis für unser Vorgehen. In Anbetracht der Sachlage können Sie sicherlich auch nachvollziehen, dass wir nicht alle eventuell Betroffenen an diesem Entscheidungsprozess beteiligen können. Dies obliegt dem Gemeinderat.

Abschließend möchte ich Ihnen ans Herz legen, auf Ihre zukünftigen Nachbarn möglichst positiv zuzugehen, um frühzeitig sprachliche und kulturelle Barrieren abzubauen. Integration kann nur in einem guten Miteinander gelingen. Besten Dank.

Mit herzlichem Gruß

Ihr
Henrik Wengert
Bürgermeister